

Die Atomkraft ist ein stiller, permanenter Krieg gegen Mensch und Natur. Die Atombombe ist die finale Vernichtungs-Option. Einem Land, von dessen Boden zwei mörderische Weltkriege ausgegangen sind, steht es gut an, den Ausstieg zu vollenden.

„Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen und -tradition zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges missbraucht werden.“

Albert Einstein



**Kern- und Waffenforschung unter einem Dach beenden!
Kein Atomausstieg ohne Stopp der Atomreaktorforschung! Keine Militärforschung an Hochschulen!**

Beispiel KIT Karlsruhe

Dietrich Schulze

Bis 2022 sollen in einem Stufenplan alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden, das erste 2015. Die Atomreaktorforschung jedoch, vorwiegend in Karlsruhe, Jülich, Rossendorf, Garching und Greifswald betrieben, wird

unter den Etiketten „Kompetenzerhalt“, „Sicherheit der nuklearen Entsorgung“ und „Sicherheit der langfristigen Stromversorgung“ aus dem Bundeshaushalt massiv weiter gefördert. Die leeren Zukunftsversprechen und Milliardengräber, die die Energiewende behindern, heißen Transmutation, Generation IV und Kernfusion.

Transmutation bedeutet Umwandlung. Das Verfahren soll in zwei Jahrzehnten einsatzreif sein und langlebige radioaktive Isotope des Atommülls umwandeln in solche mit drastisch verkürzter Halbwertszeit und damit den Müll angeblich unschädlich machen. Die dafür einzusetzenden schnellen Reaktoren sollen wesentlich sicherer sein, ebenso wie die Generation-IV-Reaktoren, an denen seit Jahrzehnten getüfelt wird. Das Verfahren erfordert Wiederaufbereitungsanlagen wie in Wackersdorf. In Belgien soll ab 2014 ein in Karlsruhe konzipierter Versuchsreaktor in Betrieb gehen. Die Kernfusionsreaktoren nehmen ihren Rohstoff aus Tritium, das für Atombomben gebraucht wird. Die Kernfusion soll in vier Jahrzehnten Strom produzieren zu Kosten, die weit jenseits der erneuerbaren Energiekosten liegen werden, was bei korrekter

Rechnung für die heutigen Atomkraftwerke Fakt ist. Kontraproduktive Technik allesamt, die gestoppt werden muss, wenn der Ausstieg unumkehrbar sein soll.

Zweifel am Atomausstieg

Sie werden derzeit in Karlsruhe kräftig genährt. Das Karlsruher Institut für Technologie KIT, im Oktober 2010 aus der Fusion des Forschungszentrums Karlsruhe (früher Kernforschungszentrum) und der Universität Karlsruhe entstanden,

spielt hier eine Schlüsselrolle und zwar aus drei gewichtigen Gründen:

1. Das Kernforschungszentrum hat die Basistechnologien für die gescheiterten Projekte Kalkar und Wackersdorf entwickelt und steht mitsamt der KIT-Führungsspitze für eine von Fukushima unberührte „Weiter so“-Atompolitik. Das 1956 mit Unterschrift von Franz-Josef Strauß gegründete Zentrum wurde bis Mitte der 70er Jahre von Nazi-Rüstungswissenschaftlern und Nazi-Juristen geleitet, die von der Atombombe träumten. Ähnliches gilt für das Forschungszentrum Jülich (siehe **Kasten Alt-Nazis**).

2. KIT ist die einzige öffentlichen finanzierte deutsche Forschungsinstitution,

in der in großem Stil Atomforschung betrieben wird und gleichzeitig Militärforschung möglich ist und betrieben wurde/wird. Ein eiskalter, von der abgewählten baden-württembergischen CDU-Herrschaft organisierter Skandal und Tabubruch: Kern- und Waffenforschung unter einem Dach!

3. Das EURATOM-Institut für Transurane ITU auf dem Gelände des KIT (Campus Nord), das

Alt-Nazis leiteten Atomforschungszentren

Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe (GfK) und Kernforschungsanlage Jülich (KfJ)

Walther Schnurr: 1960-70 wiss. Geschäftsführer GfK, Chemiker. Vor 1945 bei IG Farben u. a. an Herstellung von Zyklon B für Auschwitz beteiligt. Hitlers Top-Sprengstoffexperte. 1945 über die „nukleare Rattenlinie“ nach Argentinien und daran beteiligt, Peron zur Atombombe zu verhelfen. In den 1960er Jahren verdeckte Atomkooperation fortgesetzt.

Rudolf Greinfeld: 1956-75 Geschäftsführer GfK, Jurist. 1940-42 Hitlers oberster SS-Führer beim Militärbefehlshaber Frankreich in der Kommandantur Groß-Paris, für Judenverfolgungen verantwortlich. Unbelehrbarer Antisemit. Deswegen aufgefliegen und nach Aufdeckung der NS-Täterschaft abberufen.

Alfred Boettcher: 1960-66 wiss. Leiter KfJ. Vor 1945 Direktor der DEGUSA, mit der Entwicklung von Geheimwaffen beauftragt. SS-Hauptsturmführer in Leiden/Holland. Wegen Kriegsverbrechen zu Gefängnisstrafe verurteilt. Deswegen abberufen. Organisiert in 1970er Jahren wiss. Atomkooperation mit Brasilien und Südafrika.

Quellen: Horst Blume, *Historische Kontinuitäten aus faschistischer Zeit - Atomanlage Angra 3 in Brasilien*, Lunapark 21 Heft 14/2011; Dietrich Schulze, *Zerbricht die Plutonium-Tritium-Diktatur*, *Marxistische Blätter* Heft 3 Nr. 11 & *Neue Rheinische Zeitung* nrhz.de 3-teilig

ITU – Spaltstoffmengen und Geschichte

Das ITU darf nach bestehender Genehmigung u.a. mit 180 kg Plutonium und 50 kg Uran 235 (angereichert bis 93 %) experimentieren. Im „Flügel M“-Neubau ist zusätzlich der Umgang mit 80 kg hoch angereichertem, 300 kg schwach angereichertem Uran und 450 kg Thorium 232 beantragt.

Aus Joachim Radkau *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975* über die 1960er Jahre: Das Transurane-Institut erwies sich „als geeignete Ergänzung des Karlsruher Brüterprojekts“ und wurde vom Kernforschungszentrum als eines der „wertvollsten Einrichtungen, die EURATOM geschaffen hat“ und als „wertvolles Unterpfand“ angesehen. (S.178) „Dass in der Leitung der Atomkommission und des Kernforschungszentrums Karlsruhe die Meinung vorherrschte, man müsse die kerntechnische Entwicklung möglichst rasch in ein Stadium bringen, das auch eine waffentechnische Option enthielt, ist kaum zu bezweifeln. Damit ist nicht gesagt, dass man ernsthaft eine Nuklearrüstung anstrebte: Es genüge, wenn man die Möglichkeit einer solchen Rüstung bei NATO-, Euratom- oder Nonproliferationsverhandlungen ausspielen konnte.“ (S.194) Die Warnung vor dem nuklearen Kompetenzverlust gehört seit dieser Zeit zum Standard-Repertoire der Atom-Lobby.

INES Appell für das Karlsruher Institut für Technologie KIT

New York, 25. Mai 2009

Internationaler Appell an deutsche Regierung und Bundestag, an Landesregierung und Landtag Baden-Württemberg und an Senat und Präsidium der Universität Karlsruhe

Verzicht auf militärische Forschung & Zivilklausel Ein machbarer Schritt in Richtung Frieden

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Petition, unterstützen nachdrücklich die Aufnahme einer einheitlichen Zivilklausel in das KIT-Gesetz. Wir bitten Sie, diese Gelegenheit zu nutzen und durch Schaffung eines KIT ohne militärische Forschung einen Beitrag zu einer friedlicheren Welt zu leisten. Universitäten und öffentliche Forschungseinrichtungen sollen dem Frieden, dem Wohlergehen von Mensch und Natur, nicht der Zerstörung und dem Krieg verpflichtet sein.

Die deutsche Regierung und die Landesregierung sind dabei, die Zivilklausel (des Forschungs-zentrums) zu schwächen, so dass diese nur noch für Teile des Forschungsprogramms gültig ist. Militärische und zivile Forschung können dann im KIT vermischt werden. Kann sich jemand deutsche Kern- und Waffenforschung unter dem Dach einer Institution vorstellen? Tatsächlich würde die Zivilklausel im Falle einer nur teilweisen Gültigkeit untergraben und abgeschafft werden. Besorgte Wissenschaftler, die Studierenden aufgrund eines Urabstimmungsvotums, und die Gewerkschaften widersetzen sich diesen Bestrebungen und erheben die Forderung nach Einfügung einer einheitlichen Zivilklausel in das KIT-Gesetz.

Info: <http://www.inesglobal.com/abandonment-of-military-research.phtml>

mit KIT und Vorläufern von Beginn an als Plutonium-Institut eng zusammen arbeitet, hat einen Neubau für den Umgang mit großen Mengen an hochgiftigen radioaktiven Spaltstoffen beantragt (siehe Kasten ITU). Die Gemeinde, auf deren Gemarkung das ITU liegt, hat sich dagegen quer gelegt.

Das Bemerkenswerte zu den drei Problempunkten, die sich gegenwärtig in Karlsruhe konzentrieren, ist die Tatsache, dass es im Ländle einen Regierungswechsel von Schwarz-Gelb nach Grün-Rot gab und damit die bisherige traute Einheit von Forschungs- und Regierungsspitze einen Sprung bekam.

Etikettenschwandel

Wohl kaum ein Zufall ist es, dass der jetzige KIT-Präsident und frühere Uni-Rektor Horst Hippler und der Präsident der TU München, Wolfgang A. Herrmann, Chef der mit Waffeneran betriebenen Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz (siehe Kasten FRM II), die beiden Hochschul-Unterzeichner für die Laufzeitverlängerung waren – für den Ausstieg aus dem Rot-Grünen Atomausstieg, Hippler und sein KIT-Vize Peter Fritz (Vizepräsident des deutschen Atomforums), im Verein mit KIT-„Chief Science Officer“ Joachim Knebel, Programmleiter der Transmutationsforschung, rühren bei jeder Gelegenheit die Trommel für die Transmutation.

Laut Knebel betreibt KIT damit jedoch keine Reaktorentwicklung, sondern Sicherheitsforschung. Die Betonung des neuen Etiketts hat einen hochaktuellen zusätzlichen Grund. Damit soll der Zusammenhang mit dem strittigen ITU-Neubau vertuscht werden. Wenn nämlich klar wird, dass die beantragten großen Spaltstoffmengen für die Forschung an Transmutationsreaktoren und Generation-IV-Reaktoren gebraucht werden, hat die neue Landesregierung ein ernstes Problem. Der baden-württembergische Um-

weltminister Franz Untersteller (Grüne) müsste dann nämlich zusammen mit der für KIT als Institution nach Landesgesetz zuständigen Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (ebenfalls Grüne) den mit Abstand größten Kostenbrocken des 40 Mio. EURO ITU-Neubaus direkt stoppen. Danach sieht es leider derzeit nicht aus.

ITU-Mediation als Farce?

Die Landesregierung hat sich noch nicht zu den Konsequenzen des Atomausstiegs für die KIT-Atomreaktorforschung positioniert. Dabei könnte sie sich die NRW-Landesregierung zum Vorbild nehmen, die die Beendigung jedweder Atomreaktorforschung incl. Kugelhaufen- und Generation-IV-Reaktoren beschlossen hat. Darunter würde auch die Jülicher Transmutationsforschung fallen. Das Umweltministerium Baden-Württemberg bereitet für den ITU-Neubau eine Mediation unter Leitung von Michael Sailer vom Öko-Institut Darmstadt vor, die am 12. September beginnen soll. Lediglich die ITU-Dienstleistungs-Atomforschung, nicht aber die ursprüngliche KIT-Atomforschung scheint thematisiert zu werden. Damit kann die Mediation von der beteiligten ITU-Leitung zur Farce gemacht werden. So wie das der Bahnvorstand bei der Geißler-Schlichtung zum S21-Projekt für den Stuttgarter Kopfbahnhof praktiziert hat. Das auf eine solche Weise vorprogrammierte Ergebnis der Mediation hätte weitreichende negative Folgen für die Energiewende. Wäre hier nicht – ganz abgesehen von eindeutigen Wahlprogrammen – auch ein Stück Konsequenz angebracht? Immerhin verdanken die Grünen ihren überraschenden Wahlerfolg nicht zuletzt dem nachhaltigen Bürgerprotest gegen S21. Die Brisanz der Sache muss auch unter dem unter 2. dargestellten Gesichtspunkt gesehen werden:

Doppelexistenz von Atom- und Militärforschung

Gegen vielfältige Proteste ist die Zivilklausel des Forschungszentrums „Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“ bei der Fusion mit der Universität Karlsruhe zum KIT nicht in deren Grundsatzung übertragen worden. Damit wurde die unerträgliche Situation der Doppelexistenz von Atomforschung und Waffenforschung im KIT geschaffen. Gemäß KIT-Gesetz soll die Großforschung (KIT Campus Nord) weiter der obigen Zivilklausel unterliegen, aber an der Universität (KIT Campus Süd) darf und wird Militärforschung betrieben (siehe Zeitung gegen den Krieg 2010 über real existierende KIT-Militärforschung) und es könnte dort optional auch militärische Atomforschung betrieben werden. Kann in diesem Kontext

zur Beruhigung beitragen, dass der Chef des Uni-Instituts für Kerntechnik und Reaktorsicherheit, Dan Gabriel Cacuci, in mehreren US-Kernwaffenlabors, die heute für zivile und militärische Zwecke forschen, Erfahrungen gesammelt hat? Gegen die Doppelexistenz, für eine einheitliche KIT-Zivilklausel und gegen jegliche KIT-Militärforschung richtet sich ein internationaler Appell mit vielen prominenten UnterzeichnerInnen (siehe Kasten INES Appell).

Deutsche Atomwaffen?

Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) wollte Anfang 2006 im Zusammenhang mit der nuklearen Schutzgarantie ernsthaft diskutiert wissen, „wie wir auf eine nukleare Bedrohung durch einen Terrorstaat angemessen, im Notfall also sogar mit eigenen Atomwaffen, reagieren können.“ In Brasilien hatten im vergangenen Jahr, 2010, offizielle Stimmen vom Schutz durch eigene Atomwaffen gesprochen. Sowohl die seit Jahrzehnten gepflegte Atomkooperation, als auch neuerdings die direkte Militärkooperation mit der Bundeswehr, soll verstärkt werden. Brasilien ist der alte und neue strategische Partner, der über den geschlossenen Brennstoffkreislauf mit Plutonium-Wieder-aufarbeitung verfügt.

Zu der ohnehin existierenden sogenannten „nuklearen Teilhabe“ im Rahmen der NATO kommt ab 1990 ein geändertes Kriegswaffenkontrollgesetz hinzu. § 16 besagt, dass die Verbote nur für Atomwaffen gelten, die nicht der Verfügungsgewalt von Mitgliedsstaaten der NATO unterstehen.

Deutschland ist es demnach erlaubt, für sich und andere NATO-Staaten Atomwaffen zu entwickeln.

Die Beendigung der Transmutations- und Generation-IV-Forschung ist deswegen nicht nur ein notwendiger Beitrag zum Atomausstieg, sondern auch ein Beitrag für den Frieden.

KIT endlich transmutieren!

In seiner Entscheidung kurz vor der Landtagswahl ignorierte der Senat der Karlsruher Universität eine Unterschriftenliste mit der Forderung nach der Zivilklausel für die KIT-Grundausbildung. Zu den 450 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern gehören der jetzige Ministerpräsident Winfried Kretschmann, die jetzigen Minister Nils Schmid und Theresia Bauer, ver.di-Chef Frank Bsirske, ver.di-Landesleiterin Leni Breyer, über 30 Professorinnen und Professoren (Bremen, Karlsruhe u.a.), viele Studierende,

Wissenschaftler, Gewerkschafter, Kirchenleute und Parlamentarier auf Landes- und Bundesebene sowie viele internationale Persönlichkeiten vorwiegend aus Japan, darunter der Bürgermeister von Hiroshima. KIT von Militär- und Atomreaktorforschung zu befreien und in eine ausschließlich zivil orientierte Zukunftswerkstatt umzuwandeln, muss jetzt auf die Tagesordnung der Landespolitik gesetzt werden. Im KIT gibt es vielfältige Ansätze für die alternative Transmutation, z.B. die Umwidmung der Flüssigmetallforschung zugunsten von Energiespeichern für die erneuerbaren Energien.

Zivilklausel-Bewegung

Ein Wort noch zum wachsenden Widerstand gegen die Militarisierung der Hochschulen. Mit der nicht abgeschlossenen Auseinandersetzung um eine KIT-Zivilklausel ist eine bundesweite Bewegung angestoßen worden. Mit Studierenden aus über 30 Hochschulen wurde Ende Mai in der TU Braunschweig Bilanz gezogen und eine bundesweite Initiative „Hochschule für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ gegründet, die die Friedensbindung für alle Hochschulen anstrebt, auch durch Einfügung in die Landeshochschulgesetze. Dafür gibt es mit Unterstützung der Studierenden- und Gewerkschaftsbewegung in Baden-Württemberg aufgrund entsprechender Wahlausagen der Regierungsparteien einen Wählerauftrag. Mehr in der Webdokumentation der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten www.statweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

NATO nimmt Universität im Handstreich

Dietrich Schulze

Der NATO ist an der Universität Tübingen, die sich erst vor wenigen Monaten in einer Zivilklausel gegen das Militärische ausgesprochen hat, ein Coup gelungen. Der Chef der jährlichen NATO-„Sicherheitskonferenz“, Wolfgang Ischinger, ist am Institut für Politikwissenschaft zum Honorarprofessor ernannt worden. Das wurde durch Anknüpfung von dessen Antrittsvorlesung bekannt.

Das ist ein provokativer Verstoß gegen den komplett gegenteiligen Senatsbeschluss vom Dezember 2009 für die Präambel der Uni-Grundordnung: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen (und) das Zusammenleben der Völker bereichern...“ Die Zivilklausel ist seit Herbst 2010 rechtskräftig, die damalige konservativ-liberale baden-württembergische Landesregierung hatte allerdings rasch erklärt, dass der Präambel zur Grundordnung keine Verbindlichkeit zukomme. Der Universität ist die Haltung der Studierenden, die die Forderung nach der Zivilklausel 2009 eingebracht hatten, sehr wohl bekannt. Im April 2010 kam es wegen des Verstoßes gegen die neue Zivilklausel zu massiven Protesten gegen ein Seminar der Bundeswehr-Dozentin Monika Lanik über „Ethnologie und Militär“ sowie gegen den Auftritt von Wolfgang Ischinger im Rahmen einer Podiumsdiskussion an der Uni. Die Uni-Leitung hat sich auf die Seite von NATO und Bundeswehr geschlagen und hat damit eine neue Dimension der inneren Militarisierung der Hochschulen eröffnet.

Erstmals erschienen am 15.7.2011 in: *Neues Deutschland*; leicht gekürzt

FRM II – Betrieb mit waffenfähigem Uran

Der Forschungsreaktor München II (FRM II) zur Herstellung von Neutronen und Materialbestrahlung ist nicht nur der einzige Neubau eines Atomreaktors in Deutschland seit Tschernobyl. Er ist auch der einzige Reaktor weltweit, dessen Entwickler ein Abrüstungsprogramm nutzten, um Abrüstungsziele zu unterlaufen. Denn als Spaltstoff wird hochangereichertes Uran verwendet, was atomwaffentauglich ist. Die Technische Universität München (TUM) sollte eigentlich bis 2010 auf nicht-atomwaffentaugliches Uran umstellen, weigert sich aber mit Verweis auf den Betrieb. Dieser sei mit leicht-angereichertem Uran nicht möglich. Bis 2016 soll der Reaktor weiter mit dem Bombenstoff betrieben werden. Renommiertere Wissenschaftler kritisieren nicht nur dieses halbherzige Ziel, sondern widrigen auch die Einschätzung des Ministeriums und der TUM.

www.contratatom.de/2011/07/08/atomausstieg-die-wahrheit-teil-14-forschungsreaktoren-laufen-weiter/ © Winfried Wolf, *Atomkraft und Atom-bombe, junge Welt* 23.4.11